

»... der Westen habe kein Verständnis für die besonders gearteten Verhältnisse in der deutschen Ostzone gezeigt...« – Das Scheitern der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) im Spiegel des »Morgen« 1947/48¹

Wie spiegelt sich die kurzlebige Entwicklung der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) in der Berichterstattung des »Morgen« zwischen dem überzonalen Zusammenschluss der liberalen Parteien in Ost und West im März 1947 und der dritten und letzten Sitzung des DPD-Vorstandes im Januar 1948 wider? Diese Fragestellung soll die Diskussion über die Entstehung und das Scheitern der DPD erweitern, die in der jüngeren zeitgeschichtlichen Forschung mehr oder weniger intensiv geführt worden ist. In seiner immer noch für die LDP-Forschung maßgeblichen Studie legte Ekkehart Krippendorff eine erste längere Einschätzung unter Berücksichtigung der beiden Protagonisten Theodor Heuss und Wilhelm Külz vor.² Einige Regionalstudien zur FDP und LDP berücksichtigen auf wenigen Seiten die DPD-Gründung.³ Dieter Hein widmete sich in seiner Dissertation von 1984 verschiedenen liberalen Zusammenschlüssen auf Länderebene und der Demokratischen Partei Deutschlands als einem »gescheiterten Versuch einer Reichsparteigründung«.⁴ Wichtige Quellenauszüge bietet die Dokumentation zur Sonderausstellung der FDP-Bundestagsfraktion aus dem Jahr 1978.⁵ Einen knappen

- 1 Zitat: Neue Zürcher Zeitung, 15. Februar 1948, S. 1, Kopie ADL, DPD 67, o. Bl.
- 2 Ekkehart Krippendorff: Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf 1961.
- 3 Jürgen Louis: Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen 1945-1952, Köln/Weimar/Wien 1996; Christian Kurzweg: Die Vertriebenenpolitik der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. Das Beispiel Sachsen 1945-1950, Hamburg 2004; Ines Soldwisch: »...etwas für das ganze Volk zu leisten und nicht nur den Zielen einer Partei zu dienen...«. Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Mecklenburg 1946-1952, Berlin 2007; Hans-Volker Schwarz: Die Berliner Liberalen im Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes 1945-1956 – vom Landesverband der LDP Groß-Berlin zur FDP Berlin (West) und LDP(D) Berlin (Ost), Berlin 2007.
- 4 Dieter Hein: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949, S. 278.
- 5 Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die LDP in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1949, zusammengestellt und kommentiert von Karl-Heinz Grundmann unter Mitarbeit von Dieter Hein, Bonn 1978.

Überblick über die gesamtdeutschen Bemühungen aller Parteien geben Manfred Koch, Werner Müller, Dietrich Staritz und Siegfried Suckut.⁶ Unter der besonderen Beachtung des Blickwinkels von Theodor Heuss legte Jürgen C. Heß 1997 einen sehr quellengesättigten Aufsatz mit dem viel sagenden Titel »Fehlstart« im »Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung« vor.⁷ Der ostdeutschen Parteipresse widmete sich ausführlich Peter Strunk 1996 in seiner Studie.⁸ In seiner Dissertation beschrieb der DDR-Historiker Wolfgang Hoffmann schon 1965 den Versuch der ost- und westdeutschen Liberalen zur Bildung einer gesamtdeutschen Partei, natürlich im Sinne der ideologischen Orientierung seiner Seite.⁹ Auch Herbert Bertsch beleuchtete aus ostdeutscher Perspektive die Bemühungen um eine liberale Gesamtpartei. Laut Bertsch scheiterte die DPD, »weil die imperialistischen Interessen höhergestellt wurden als das Bekenntnis zum Liberalismus. Speziell in der amerikanischen Besatzungszone begann eine systematische Sabotage an der Errichtung einer Reichspartei«.¹⁰

Die kurze Lebensdauer der DPD fand ihren Niederschlag auch und vor allem für die Parteibasis der LDP in der liberal-demokratischen Zeitung für die gesamte SBZ, im »Morgen«. Die erste Ausgabe erschien am 3. August 1945.¹¹ Herausgeber der Zeitung war Wilhelm Külz in seiner Funktion als zweiter Zonenvorsitzender der LDP neben Waldemar Koch.¹² Aus der Berichterstattung der Zeitung über die gesamtdeutsche liberale Partei lässt sich erkennen, über welche Informationen des Zusammenschlusses von LDP und westdeutschen Liberalen die liberal-demokratische Parteibasis, die vornehmlich die »Morgen«-Leser stellte, verfügen konnte. Natürlich muss bei der Untersuchung berücksichtigt werden, dass mit dem SMAD-Befehl Nr. 29¹³ der »Morgen« wie alle anderen Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Plakate

- 6 Manfred Koch, Werner Müller, Dietrich Staritz, Siegfried Suckut: Die beiden deutschen Staaten im Ost-West-Verhältnis. Fünfzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 1. bis 4. Juni 1982, hrsg. von Ilse Spittmann-Rühle und Gisela Hellwig, Köln 1982, S. 90-107.
- 7 Jürgen C. Heß: Fehlstart. Theodor Heuss und die Demokratische Partei Deutschlands 1947/48, In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 9/1997, S. 83-121.
- 8 Peter Strunk: Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland, Berlin 1996.
- 9 Wolfgang Hoffmann: Versuch und Scheitern einer gesamtdeutschen-demokratischen Partei 1945-1948, Berlin Ost 1965.
- 10 Herbert Bertsch: Die FDP und der deutsche Liberalismus 1789-1963, Berlin (Ost) 1963, S. 196.
- 11 Nähere Ausführungen zur Namensgebung und Lizenzierung der Zeitung bei Strunk (wie Anm. 7), S. 81ff.
- 12 Nach der Ablösung Waldemar Kochs als Zonenvorsitzender der LDP im November 1945 übte Külz dieses Amt allein aus.
- 13 Mit dem SMAD-Befehl Nr. 29 »Über die Tätigkeit der Sektion für Propaganda und Zensur der Politischen Abteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland« vom 18. August 1945 erfolgte die Institutionalisierung der Zensurbehörde. Vgl. Strunk (wie Anm. 7), S. 92.

etc. auch, bis Ende November 1946 der Vorzensur unterlag.¹⁴ Die ab November 1946 anzuwendenden »Richtlinien für die Lizenzinhaber der deutschen periodischen Presse« der Propagandaleitung der SMAD schränkte die Tagespresse in ihrer Berichterstattung sehr ein. Sowjetische Presseoffiziere konnten auch weiterhin die Arbeit der Redaktionen direkt beeinflussen.¹⁵ Im Unterschied zur konkurrierenden Willensbildung in der Presse westlicher Demokratien war die östliche Presse von Anfang an mit systemstabilisierender Funktion in das System der SBZ/DDR eingebunden. Nachrichten wurden durch die Monopolagentur »Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst« (ADN) zentral gelenkt und in den Zeitungen platziert.¹⁶ Nur vor diesem Hintergrund kann und muss die Analyse der Berichterstattung über die DPD im »Morgen« betrachtet werden, die im Frühjahr 1947 bejahend begann und im Frühjahr 1948 mit eindeutigen Schuldzuweisungen in den Westen endete. Im Februar 1948 waren die Bande zwischen den liberalen Parteien völlig zerschnitten:

»Entweder ihr seid frei, dann dürft ihr als Liberale und Demokraten dies und das nicht tun. Müßt ihr es tun, dann seid ihr nicht frei. Seid ihr aber, wie ihr behauptet, frei und tut es trotzdem, dann habt ihr aufgehört, Demokraten und Liberale zu sein.«¹⁷

Diese von Ernst Mayer im Koordinierungsausschuss geäußerten deutlichen Worte gegenüber den Vertretern der LDP markierten die letzte Phase der gesamtdeutschen Bemühungen um eine gemeinsame liberale Parteistruktur. Die Zustimmung der LDP zum Volkskongress¹⁸ und die Zustimmung der Westliberalen zum Wirtschaftsrat bildeten den Schlusspunkt dieser zonenübergreifenden Anstrengungen. War dies aus liberaldemokratischer Sicht ein zwangsläufiges Ergebnis?

Das Projekt »liberale Gesamtpartei« folgte von Beginn an keiner stringenten Linie. Von Anfang an gab es kritische Anmerkungen und Bedenken. Kritik übte vor allen Dingen die württemberg-badische DVP.¹⁹ Eine abwartende und vorsichtige Haltung war jedoch in allen westlichen Besatzungszonen schon sehr früh zu spüren:

14 Die Intensität der Vorzensur kann an dieser Stelle nicht untersucht, muss aber bei der Analyse der Beiträge immer beachtet werden.

15 Strunk (wie Anm. 8), S. 107ff.

16 Heinz Pürer, Johannes Raabe: Presse in Deutschland, Konstanz³ 2007, S. 173.

17 Ernst Mayer auf der Sitzung des Koordinierungsausschusses, In: Neue Züricher Zeitung, 15. Februar 1948, Kopie: ADL, DPD 67, o. Bl.

18 Vgl. hier das Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Geschäftsführenden LDP-Vorstandes am 1. Dezember 1947, ADL, L4-14, S. 1-3.

19 Vgl. Koch u.a. (wie Anm. 6), S. 104.

»Was aus der Demokratie im russisch besetzten Gebiet geworden ist, kann ich von hier aus nicht mit voller Klarheit erkennen. Die Tatsache, dass unser Freund Külz eine Partei für sich bildet, und dass andere alte Freunde wie Lemmer und Schreiber usw. führend bei den dortigen Christlichen Demokraten sind, lässt darauf schliessen, dass unter dem Druck der bolschewistischen Herrschaft Gedankengänge entstehen, die uns fremd sind.«²⁰

Auf der LDP-Vorstandssitzung am 30. April 1946 hatte Arthur Lieutenant, der stellv. Zonenvorsitzende, die Ausarbeitung eines Gesamtprogrammwerfs einer liberalen Partei vorgeschlagen, der in Bad Pyrmont anlässlich des Parteitages der FDP der britischen Zone am 19.05.1946 präsentiert werden sollte.²¹ Dieser Vorschlag Lieutenants fand die Unterstützung von vier weiteren Vorstandsmitgliedern und kann als ein gedanklicher Ursprung der DPD angesehen werden..²² Der Zonenvorsitzende Wilhelm Külz jedoch lehnte es zunächst ab, einen festen Plan bei unklaren Verhältnissen zu fassen.²³

Diese Meinung änderte Külz allerdings ein paar Monate später, als er von seiner Reise nach Stuttgart zurückkehrte, wo sich am 28. und 29. September 1946 ein Zonenverband der liberalen Parteien der amerikanischen Besatzungszone (FDP Bayern, LDP Hessen, DVP Württemberg-Baden) gegründet hatte. Vermutlich hatte ihn diese Entwicklung in den westlichen Zonen sehr beunruhigt, musste er doch befürchten, den Gesamtführungsanspruch der LDP einzubüßen. Am 2. Oktober 1946 wurden auf Initiative Külz' vom LDP-Zonenvorstand Mitglieder für einen gemeinsamen Koordinierungsausschuss benannt, der die Gründung der gemeinsamen liberalen Partei vorbereiten sollte. Vorgeschlagen wurden: Carl Hubert Schwennicke (LV Berlin), Dr. Wilhelm Frick (LV Brandenburg), Dr. Paul Scheffler (LV Mecklenburg), Prof. Dr. Hermann Kastner (LV Land Sachsen), Carl Delius (LV Prov. Sachsen) und Leonhard Moog (LV Thüringen).²⁴ Schnell traten organisatorische Probleme auf, von Anfang an kam keine organisatorische Struktur einer gemeinsamen Partei zustande. Lediglich Otto-Heinrich Greve und Arthur Lieutenant wurden auf der ersten Sitzung des Koordinationsausschusses am 8. und 9. November 1946 in Coburg zu Geschäftsführern ernannt.²⁵ Grundsätze der Parteipolitik wurden nur vereinbart, eine gemeinsame Satzung, ein gemeinsames Programm, ein Parteibüro gab es bis zum Scheitern der Kontakte im Frühjahr 1948 nicht.

20 Brief Wilhelm Heile, Landrat in Syke (Hannover) an Theodor Heuss vom 11. Februar 1946, ADL, N28-10, o.BI.

21 Protokoll über die Vorstandssitzung der LDP am 30. April 1946, ADL, L4-5, S. 1.

22 Dr. von Stoltzenberg, Pickert, Hausberg, Grundei.

23 Protokoll über die Vorstandssitzung der LDP am 30. April 1946, ADL, L4-5, S. 1 RS.

24 Protokoll über die Vorstandssitzung der LDP am 2. Oktober 1946, ADL, L4-7, S. 3 RS.

25 Protokoll der Sitzung des Koordinierungsausschusses der vier Zonen am 8. und 9. November 1946 in Coburg, ADL N1-2934, S. 3. In späteren Protokollen wird Ernst Mayer als westlicher Geschäftsführer genannt, so auch in der Veröffentlichung von Krippendorff. Vgl. ADL, N54-25, Bl. 254, Krippendorff (wie Anm. 2), S. 146f.

Die Gründung der Demokratischen Partei Deutschlands, die durch Beschluss des Koordinierungsausschusses am 17. März 1947 in Rothenburg ob der Tauber erfolgt war, wurde im »Morgen« zunächst nicht kommentiert. Lediglich die Erklärung der Vereinigung wurde zwei Tage später auf der Titelseite groß im Originalwortlaut abgedruckt. Inhaltlich wurden fünf grundlegende Punkte angesprochen:

1. Wilhelm Külz und Theodor Heuss waren zu Vorsitzenden gewählt worden.
2. Die Einheit der Liberal-Demokratischen Partei der SBZ, der Freien Demokratischen Partei in der britisch besetzten Zone, der Demokratischen Volkspartei in der amerikanisch besetzten Zone, der Demokratischen Partei in Württemberg-Baden, der Liberal-Demokratischen Partei in Hessen, der Freien Demokratischen Partei in Bayern und der Bremer Demokratischen Volkspartei wurde bestätigt.
3. Alle Parteien sollten zukünftig unabhängig vom Namen der Gesamtpartei ihre bisherigen Bezeichnungen weiterführen.
4. Der Vorstand der Gesamtpartei wurde aus den Mitgliedern des bisherigen Koordinierungsausschusses gebildet.
5. Die sich aus dem Beschluss für die Vorsitzenden ergebenden Maßnahmen sollten sofort eingeleitet werden. Welcher Art diese Maßnahmen waren, wurde nicht näher erläutert.²⁶

Am 21. März 1947 wurden im »Morgen« die Ansprüche an eine gesamtdeutsche Partei formuliert. Deutschland sei kein Wintermärchen mehr, der freiwillige Zusammenschluss sei nicht nur eine »Angelegenheit parteipolitischer Konzentration von rein organisatorischem Charakter. Er darf als Beweis dafür gelten, daß sich die Abwehrkräfte gegen die innere Zersplitterung immer stärker zu regen beginnen.«²⁷

In der LDP-Vorstandssitzung am 9. April 1947 schilderte Lieutenant deutlich die Spannungen, die durch die Gründung der DPD verschärft worden oder neu entstanden seien. Zum Ersten wäre seiner Meinung nach mit einer Genehmigung der Partei durch den Kontrollrat nicht zu rechnen sein. Zum Zweiten brachte er deutlich die liberaldemokratischen Vorbehalte gegenüber der Namensänderung und das darin sich auch manifestierende westliche Misstrauen gegen die LDP zum Ausdruck:

»Der neue Namen sei im Wesentlichen von den Schwaben gefordert worden, als deren Sprecher der frühere Dresdner Generalsekretär Mayer heftige Angriffe gegen die LDP in Sachsen gerichtet habe. Mayer habe die LDP-Sachsen schon früher einmal »die Hure der Roten Armee« genannt und die sächsische Partei der Korruption bezichtigt.«²⁸

26 Der Morgen, 19. März 1947, S. 1.

27 Der Morgen, 21. März 1947, S. 2.

28 Niederschrift über die Sitzung des Parteivorstandes der LDP am 9. April 1947 in Berlin, ADL, L4-10, S. 2.

Im »Morgen« wurde der gesamtdeutsche Anspruch der LDP mit Formulierungen wie »In zahlreichen Wahlversammlungen im Westen werden die beiden Parteivorsitzenden Dr. Külz und Lieutenant sprechen.« untermauert.²⁹ Hier wurde immer wieder das Selbstverständnis der LDP als eigentlicher Kern einer Gesamtpartei in der Öffentlichkeit offenbart. Insofern war die Berichterstattung über das östliche Engagement in den westlichen Zonen durchweg positiv. Betont wurde immer wieder das Bestreben Külz', »falsche Urteile über die politischen Verhältnisse und wirtschaftlichen Zustände in der Ostzone aufzuklären«³⁰, hervorgehoben die »Einheit des politischen Gedankengutes, die [...] eine vollkommen innere Verbundenheit aller Verbände der Demokratischen Partei Deutschlands« demonstrierte.³¹

Betonung lag in der Berichterstattung auf dem besonderen Engagement der LDP der östlichen Zone, die »sich besonders nachhaltig zu Verfügung stellt«. Auffällig ist die Angabe von Külz als Vorsitzendem der DPD (Heuss als Vorsitzender wird nicht genannt), der in den Wahlkampf der nördlichen britischen Zone unterstützend durch öffentliche Auftritte »eingegriffen« habe.³² Heuss wurde an anderer Stelle lediglich als Vorsitzender der LDP Württemberg bezeichnet, seine Funktion als Co-Vorsitzender der DPD wurde nicht erwähnt.³³

In der Ankündigung der Rednerliste zum Eisenacher Parteitag vom 5. bis 7. Juli 1947 wurden alle Programmredner unter der Rubrik »Ihre Persönlichkeit und ihr Arbeitsbereich« mit Text und Bild vorgestellt. Von Theodor Heuss war lediglich ein Bild abgedruckt.³⁴ Am Tag darauf wurde er als »alter schöpferischer Vorkämpfer demokratischer Ideen«, am Ende des Parteitages als »Kampfgefährte« Külz' in der Berichterstattung des Parteitages erwähnt.³⁵ Es wurde somit den Lesern das Bild von Heuss als Mann der Vergangenheit, nicht als Mann der gegenwärtigen Spitzenpolitik vermittelt. Die Bezugnahme Heuss' in seiner Parteitagsrede auf das politische Agieren Külz' mit seinem »liebenswürdigen, manchmal gefährlichen Talent der Vereinfachung«³⁶ wurde nicht gedruckt.

Külz beschwor unter der Überschrift »Der liberale Weg« das Bestreben nach einheitlicher Zusammenfassung der Liberalen. Seiner Meinung nach waren unterschiedliche Auffassungen der Parteien fortschrittsfördernd und lebendig. Resümierend schrieb er selbst im »Morgen«: »Wir wollen Verschiedenartig-

29 Der Morgen, 28. März 1947, S. 2.

30 Der Morgen, 2. April 1947, S. 2.

31 Der Morgen, 16. April 1947, S. 2.

32 Ebd., gemeint war der niedersächsische Landtagswahlkampf.

33 Der Morgen, 15. Juni 1947, S. 1.

34 Der Morgen, 5. Juli 1947, S. 3.

35 Der Morgen, 6. Juli 1947, S. 1. und 8. Juli, Beiblatt, S. 3.

36 Zitiert nach Schwarz (wie Anm. 3), S. 245.

keiten [...] immer aussprechen und im Geiste der Parteifreundschaft Ausgleich und Verständigung suchen.«³⁷

Als Ergebnis des unter dem Vorsitz von Külz zusammengetretenen Vorstandes der DPD berichtete der »Morgen« am 10. Juli 1947 über »die vollkommene Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen liberaler und demokratischer Politik«.³⁸ Organisatorisch sollten zwei Geschäftsstellen in Frankfurt am Main und Berlin eingerichtet werden, die dem Informationsaustausch und der Koordination in der parlamentarischen Tätigkeit der Landtagsfraktionen der verschiedenen Zonen dienen sollten. Die Berliner Beschlüsse des vorläufigen Vorstandes wurden in zehn Punkten im »Morgen« als Grundsätze der Demokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht.³⁹

Bei Külz machte sich zunächst Optimismus breit, den er auch nicht verhehlte. In der Sitzung des geschäftsführenden LDP-Vorstandes berief er sich auf die gemeinsamen Richtlinien, die durch alle Parteien aller Zonen erarbeitet worden waren und an die Landesverbände weitergegeben wurden. Külz war sich vollkommen sicher, dass nach der Genehmigung der gesamtdeutschen Partei mit je einer Geschäftsstelle im Osten und Westen durch den Kontrollrat eine allgemeine Gründungsversammlung für den Spätherbst 1947 anvisiert werden könne.⁴⁰

Doch diese positiven Ausführungen erhielten bald einen Dämpfer. In den westlichen Zonen wuchs das Unverständnis gegenüber der sehr besatzungsfreundlichen Politik von Külz. Ein erster Hinweis auf die zunehmende Entfremdung zwischen beiden liberalen Lagern auch in der Berichterstattung könnte die zukünftige Nennung der DPD als demokratische Parteien Deutschlands sein. Nicht mehr die enge Zusammenarbeit, sondern die enge Verbundenheit zwischen den liberalen Parteien in der Westzone und LDP der Ostzone wurde betont.⁴¹

Die erste kritische und distanzierende Äußerung, die direkt die Liberalen der westlichen Zonen betraf, erfolgte schon im Oktober 1947. Lieutenant schrieb im »Morgen« über die Zustimmung der westlichen Liberalen zum Wirtschaftsrat:

»Sehen diese Deutschen in der Bizone nicht – oder wollen sie es nicht sehen –, daß dieser Wirtschaftsrat ein sehr deutlicher Beitrag für eine mögliche Spaltung Deutschlands ist? [...] Müssen sie nicht auch die größere wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland in Rechnung stellen, oder freuen sie sich gar, das östliche Deutschland damit abschreiben zu können?«⁴²

37 Der Morgen, 6. Juli 1947, Beiblatt, S. 3.

38 Der Morgen, 10. Juli 1947, S. 1.

39 Der Morgen, 15. Juli 1947, S. 2.

40 Protokoll über die erste Vorstandssitzung des Geschäftsführenden LDP-Vorstandes am 28. Juli 1947, ADL, L4-11, S. 4.

41 Der Morgen, 2. Oktober 1947, S. 2.

42 Der Morgen, 1. Oktober 1947, S. 1.

Trotzdem wurde im »Morgen« weiterhin versucht, in die ostzonale Öffentlichkeit das Bild des sich bemühenden Zonenvorsitzenden Külz zu transportieren.

»Auf einer Pressekonferenz erklärten Dr. Külz und Martin Euler, daß völlige Übereinstimmung der liberal-demokratischen Parteien der verschiedenen Zonen in allen Gegenwartsfragen bestehe. [...] Zur Stellung der LDP in der sowjetischen Besatzungszone sagte Dr. Külz, daß von Einschränkungen oder Behinderung der LDP keine Rede sei. Daß die Partei durchaus in Opposition gegenüber der SED existieren könne, komme besonders stark in den Landtagen zum Ausdruck.«⁴³

Dieser Artikel, verfasst von ADN, bedeutete nicht nur, aber gerade für alle LDP-Abgeordneten in den Landtagen, die sich nicht dem Vormachtsanspruch der SED beugen wollten, einen Schlag ins Gesicht, kannten sie doch sehr wohl die Repressionen, die ihnen, aber auch anderen »widerspenstigen« Liberaldemokraten drohten.⁴⁴ Am 5. November erschien im »Morgen« die Meldung über eine Vorstandssitzung der DPD, die unter der Führung ihrer beiden Vorsitzenden, Külz und Heuss, eine Kommission von vier Mitgliedern einsetze mit dem Auftrag, eine deutsche Verfassung zu entwerfen. Külz wurde mit der Vorlage eines Entwurfs betraut. Die Diskussionen der Tagung seien »in rückhaltloser Offenheit und aller Gründlichkeit« geführt worden.⁴⁵

Thomas Dehler schrieb nach der Sitzung an Franz Blücher, den 1. Vorsitzenden der FDP der britischen Zone:

»Das Ergebnis der Besprechungen war nach meiner Überzeugung die völlige Isolierung der Herren Külz und Lieutenant. Die beiden könnten im Osten eine große Aufgabe erfüllen; ich meine aber, daß ihnen jeder politische Sinn fehlt.«⁴⁶

Der endgültige Bruch war kaum noch zu verhindern. Nach der Zustimmung des Zentralvorstandes der LDP zum Volkskongress⁴⁷ waren die Reaktionen in den westlichen Zonen enttäuscht und empört. In einem Brief an Thomas Dehler machte Friedrich Middelhaue unmissverständlich klar, dass die Westliberalen ihre Politik beibehalten würden »und sie nicht durch irgendwelche opportunistischen und taktischen Konzessionen verwässern lassen wie das jetzt in so krasser Form einmal wieder durch Dr. Külz getan worden ist [...]«. ⁴⁸ Kritische Stimmen kamen auch aus den Reihen der LDP Berlin. Carl-

43 Der Morgen, 4. November 1947, S. 1.

44 Nicht nachzuprüfen ist leider, ob der Artikel durch die ADN oder die Redaktion des »Morgen« auf der Titelseite platziert wurde.

45 Der Morgen, 5. November 1947, S. 1.

46 Brief Thomas Dehler an Franz Blücher vom 4. November 1947, ADL, N1-15, o. Bl.

47 Vgl. dazu auch die durchweg positive Berichterstattung im »Morgen« vom 2. und 7. Dezember 1947, S. 1.

48 Kopie des Briefes Friedrich Middelhaue an Thomas Dehler am 16. Dezember 1947, ADL, N1-15, o. Bl.

Hubert Schwennicke zeigte sich in einem Brief an Theodor Heuss sehr besorgt über die Politik Külz', bezeichnete seine Zustimmung zum Volkskongress als »Verbrechen an der Partei«.⁴⁹

Die Parteileitung der LDP reagierte im »Morgen« auf Berichte in westlichen Zeitungen, in denen man Külz die Beteiligung am Volkskongress vorwarf und verteidigte die Linie des Parteivorsitzenden. Külz habe sich mit seiner Zustimmung zum Volkskongress nicht gegen einen Beschluss des DPD-Koordinierungsausschusses in Bezug auf eine Repräsentation aller Parteien gestellt, da es diesen Beschluss nie gegeben habe; die Mitglieder des Ausschusses hätten sich lediglich »nur darüber unterhalten, daß eine gemeinsame Repräsentation aller deutschen Parteien so lange nicht zustande kommen kann, als einzelne Parteien sich dagegen aussprechen«.⁵⁰

Heuss schrieb in einem seiner Meinung nach schon Wochen überfälligen Brief an Külz:

»Was ich dann von dem sogenannten Volkskongress las bzw. was ich zufällig am Radio davon hörte, hat mich in meinem historisch-politischen Gefuehl geradezu beelendet. [...] aber ich habe die Empfindung, dass Jakob Kaiser, den ich in meinem Leben noch nie gesehen habe, in der Niederlage eine deutsche Figur geworden ist, während Sie, so hart es ist, das auszusprechen, eine gewesen sind. Das schmerzt mich sehr, aber die Dinge muessen auch hart gesagt werden können.«⁵¹

Ebenfalls im Dezember 1947 führte das »Sächsisches Tageblatt« scharfe Angriffe gegen Ernst Mayer, der seinerseits im Stuttgarter »Demokraten« über die Flucht des Dresdener Kreisvorsitzenden der LDP, Bürgel, berichtet hatte. Das »Tageblatt« kommentierte:

»Die Bürgel wissen also, zu wem sie »flüchten«, wenn das Maß ihrer politischen Torheiten so voll ist, daß ihnen der Boden unter den Füßen hier zu heiß wird. [...] Und Herr Dr. Külz wird es zu tragen wissen, wenn ihm ob seiner positiven Einstellung zum Deutschen Volkskongreß nun ausgerechnet von »Ernscht« öffentlich »das Vertrauen aufgekündigt« wurde [...].«⁵²

Enttäuscht kehrten die Vertreter der LDP vom Treffen des Koordinierungsausschusses am 18. Januar 1948 zurück. Die gemeinsame Sitzung hatte in einem Eklat geendet, die ostdeutschen Vertreter hatten die Sitzung frühzeitig verlassen. Was war passiert? In der Sitzung waren dem auf Bitte der Westliberalen nicht anwesenden Külz unter anderem die Einstellung der LDP zum

49 Brief Carl-Hubert Schwennicke (LV Berlin) an Theodor Heuss vom 15. Dezember 1947, ADL, N1-15, o. Bl.

50 Der Morgen, 7. Dezember 1947, S. 2.

51 Brief von Theodor Heuss an Wilhelm Külz vom 19. Dezember 1947, abgedruckt in: Ernst Wolfgang Becker (Hrsg.): Theodor Heuss. Erzieher zur Demokratie. München 2007, S. 332 u. 334.

52 Sächsisches Tageblatt, 11. Dezember 1947, S. 1.

Volkskongress vorgehalten worden, »an dem sich die Ostzone beteiligt habe, ohne die Vertreter der Westzonen hierüber zu informieren«.⁵³ Es wurde eine Entschließung zur Debatte gestellt, die »die unterschiedliche Beurteilung der politischen Maßnahmen in den verschiedenen Zonen«⁵⁴ problematisierte.

»Der Koordinierungsausschuß bestätigt seinen Beschluß vom 3.11., der als deutsche Vertretung gegenüber der Welt ein aus allgemeiner, ungehinderter Volkswahl hervorgegangenes Parlament forderte. Von den Vertretern der Westzone wurde bei aller Beachtung ihrer besonderen Situation den Sprechern der Ostzone nahegelegt, nach der personellen und sachlichen Seite daraus die Folgerungen zu ziehen.«⁵⁵

Anträge der Vertreter der Ostzone, diesen letzten Absatz der Entschließung abzuändern, wurden seitens der Westzonen abgelehnt, die Resolution mit 13 zu 6 Stimmen (Ostzone) angenommen.

Das Verhalten ihrer Vertreter wurde im Zentralvorstand der LDP begrüßt und eine Resolution dahingehend verabschiedet, dass der Zentralvorstand der LDP »den Vertretern der Ostzone für ihre Haltung [dankt], [sie] billigt und hofft, daß die nunmehr erfolgte Klarstellung baldigst zur wirklichen Einigung aller wahrhaften liberalen Demokraten in ganz Deutschland führt«.⁵⁶

Der »Morgen« berichtete nur in zwei kurzen Artikeln über die Sitzung des Koordinierungsausschusses unter den Überschriften »Protest gegen Bevormundung – Koordinierungsausschuß in Frankfurt macht den Ostzonenvertretern die Mitarbeit unmöglich« (ADN)⁵⁷ und »Das Verhältnis LDP-DPD«.⁵⁸ Erläutert wurde der Antrag der östlichen Liberalen, den schon oben erwähnten Passus der Resolution zu streichen. Ausführlich dokumentiert wurde eine Stellungnahme des Landesverbandes Thüringen:

»Es ist ein schmerzliches Zeichen der zonenmäßigen Aufspaltung unseres Volkes, daß auch in Frankfurt auf der letzten Sitzung des Koordinierungsausschusses in verschiedenen Sprachen gesprochen wurde und daß Gegebenheiten der Situation nicht die Berücksichtigung erfuhren, die allein eine zutreffende Beurteilung der politischen Praxis möglich machte [...]«⁵⁹

Nach der Niederlage bei der Abstimmung erklärte der in Frankfurt anwesende Lieutenant, dass eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr möglich sei. Im

53 Auszug aus dem Protokoll des Zonenvorstandes der LDP am 10. Februar 1948, ADL, L4-15, S. 2.

54 Ebd.

55 Auszug aus dem Protokoll des Zonenvorstandes der LDP am 10. Februar 1948, ADL, L4-15, S. 2.

56 Ebd.

57 Der Morgen, 20. Januar 1948, S. 2.

58 Der Morgen, 21. Januar 1948, S. 2.

59 Der Morgen, 23. Januar 1948, S. 2.

»Morgen« gab er für die Spaltung der Liberalen eindeutige Schuldzuweisungen in den Westen:

»Sachliche Gegensätze werden ins Persönliche hinübergespielt, man verdächtigt, gibt anrüchige Schilderungen in andere Zonen und schiebt die Schuld an den gegenwärtigen Zuständen Politikern in die Schuhe, die nichts anderes tun, als eine reale Politik zu treiben. So war es auch bei der DPD in Frankfurt am Main. Weil wir uns am Volkskongreß – wohlgemerkt auf Mehrheitsbeschluß des Zentralvorstandes – beteiligten, weil wir die Beschimpfungen unserer Zonenbesatzungsmacht nicht widerspruchsfrei hinnahmen, und weil wir nicht den Wünschen des Berliner Landesvorstandes folgten, sollen die beiden Vorsitzenden der LDP die Konsequenzen ziehen. Und das angesichts der Tatsache, daß in Frankfurt 16 Stimmen knapp 40 000 Mitglieder hinter sich hatten und wir aus der Ostzone mit 6 Stimmen (wenn wir Berlin abrechnen) 190 000 Stimmen vertraten.«⁶⁰

Die Spannungen zwischen Ost- und Westliberalen waren nunmehr unüberbrückbar. Külz fand für seine Vorstellungen von einer liberalen Gesamtpartei keinen fruchtbaren Boden in den westlichen Zonen. Dort herrschte zunehmend Skepsis gegenüber der immer wieder betonten Unabhängigkeit der LDP von der Besatzungsmacht. Die Differenzen über die von der östlichen Besatzungsmacht etablierte Politik machten eine zukünftige Zusammenarbeit unmöglich.⁶¹ Lieutenant bezichtigte schließlich den Westen der Undankbarkeit, da die Liberalen der Ostzone »kein Opfer gescheut haben, um den Aufbau der Partei im Westen zu fördern und schließlich den Zusammenschluß der Partei zur DPD herbeizuführen.«⁶²

Die westlichen Liberalen relativierten diese Schuldzuweisungen und gaben sie zurück:

»Auch die Annahme, der Westen habe kein Verständnis für die besonders gearteten Verhältnisse in der deutschen Ostzone gezeigt und dementsprechend sich zu einer mehr agitatorischen Geste hinreißen lassen, würde den Bemühungen, die Heuß und seine Freunde [...] angestellt haben, nicht gerecht. Wir haben [...] darauf hingewiesen, daß die Krise innerhalb der Demokratischen Partei Deutschlands in Wahrheit eine Führerkrise war, die insbesondere in der rußlandfreundlichen Haltung von Dr. Külz ihren Ursprung verdankte. Dabei wirkte sich einzig und allein entscheidend aus, daß Külz und sein Anhang, statt durch Schweigen die eigene Zwangslage indirekt zuzugeben, täglich mit Erklärungen aufwarteten, die eine absolute Billigung der Sowjetpolitik enthielten.«⁶³

Abschließend betrachtet, zeigt sich anhand der Berichterstattung im »Morgen«, dass die Aktivitäten und Bemühungen um eine gesamtdeutsche liberale

60 Der Morgen, 28. Januar 1948, S. 1f.

61 Vgl. Koch u.a (wie Anm. 6), S. 106f; Krippendorff (wie Anm. 2), S. 147f.

62 Der Morgen, 28. Januar 1948, S. 2.

63 Neue Zürcher Zeitung (wie Anm. 1), S. 1.

Partei die Berichterstattung dort keinesfalls dominierte, sondern eher eine Randerscheinung war. Ob es allein die Schwierigkeiten, die von Anfang an die Kooperation begleiteten, waren, welche den »Morgen« veranlassten, nicht allzu intensiv über eine gesamtdeutsche Kooperation zu berichten, ist zu vermuten, aber auch beim heutigen Wissensstand nicht nachzuweisen. Vielleicht hat man auch dem Ganzen von vornherein wenig Chancen eingeräumt bzw. einräumen dürfen oder man wollte Schuldzuweisungen an die eigene Parteiführung vorbeugen. In jedem Fall interessierten sich der »Morgen« und andere liberaldemokratische Blätter zum Jahreswechsel 1947/48 weit mehr für den »Fall Schwennicke«.

Kein Zweifel kann bestehen, dass Wilhelm Külz als Parteivorsitzender und Herausgeber des »Morgens« die Linie der Zeitung vorgab; der »Morgen« war damit nicht nur zum Sprachrohr der Liberaldemokraten in der SBZ geworden, sondern fungierte auch als Instrument zur Meinungsbildung im Sinne von Wilhelm Külz.

Obwohl es in der LDP auch Stimmen für die DPD und für Heuss gab, konnten sich solche »westfreundlichen« Auffassungen nicht im »Morgen« artikulieren. Dieser berichtete, solange noch Hoffnung bestand, die DPD nach den Vorstellungen von Külz zu führen, über die ganze Unternehmung zwar spärlich, aber mit positivem Grundton. Als die Liberaldemokraten jedoch in die Defensive gerieten, wandelte sich das Bild ins Negative bzw. wurde es von anscheinend »wichtigeren« Vorgängen (Volkskongress, Schwennicke) verdrängt. In wieweit dieser Wandel in der Berichterstattung aufgezwungen wurde oder dem wirklichen Empfinden der »Morgen«-Leute entsprach, muss allerdings noch geklärt werden. Möglicherweise war es eine Mischung aus beidem.

Blücher als Marshallplan-Minister und Parteivorsitzender – Mitstreiter für eine liberale Wirtschaftsordnung

»Liberalismus war und ist mir innere Forderung.«
Franz Blücher¹

I.

Die Stabübergabe im Vorsitz der FDP von Theodor Heuss zu Franz Blücher (1896-1959), durch die Wahl Heuss' am 12. September 1949 zum ersten Bundespräsidenten der jungen Bundesrepublik erforderlich geworden, verlief ohne besonderes Aufsehen in Presse und Öffentlichkeit. Es genügte offensichtlich ein kurzes Schreiben Heuss' an seinen Nachfolger: »Ich glaube, dass es notwendig ist, Ihnen gegenüber in einem formalen Akt, den dieser Brief darzustellen hat, die Niederlegung des ersten Vorsitzes in der Freien Demokratischen Partei Deutschlands auszusprechen. Ich bin nicht der Meinung, dass daraus eine Zeitungsnotiz gemacht werden soll, aber der Akt soll geschehen sein, falls irgendjemand in der Öffentlichkeit die Frage aufwirft.«² Franz Blücher – bisher sein Stellvertreter und ehemaliger Vorsitzender der FDP in der britischen Zone – wurde ohne einen erneuten Wahlgang oder größere parteiinterne Personaldiskussionen geschäftsführend mit dem höchsten Parteiamt betraut.³ Ein unbeschriebenes Blatt, gar ein Nobody war Franz Blücher daher für seine Partei nicht. Ein Dreivierteljahr vor seinem Amtsantritt als Parteivorsitzender hatte er sich auf dem Heppenheimer Gründungsparteitag der Freien Demokraten im Dezember 1948 bei der Wahl für den Stellvertreterposten von Theodor Heuss eindrucksvoll behauptet. Mit 81 Delegiertenstimmen erzielte er gegenüber Heuss, der bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 72 Stimmen auf sich vereinigte, sogar ein etwas besseres Ergebnis. Symptomatisch für ihren unterschiedlichen Politikstil hatte Heuss weniger den Zusammenschluss der Zonenparteien mit ihren unterschiedlichen Liberalismusströmungen in den Blick genommen und programmatische Forderungen erhoben als viel-

- 1 Franz Blücher, Lebenslauf (autobiographisch), Bundesarchiv Koblenz, NL Blücher (im folgenden: BAArch), N 1080, 75, Bl. 3.
- 2 Schreiben Theodor Heuss an Franz Blücher, 21.9.1949, BAArch, NL Heuss, N 1221, 63.
- 3 Eine endgültige Parteisatzung wurde erst auf dem Wiesbadener Parteitag im März 1954 verabschiedet. Auf dem Düsseldorfer Parteitag 1950 wurde er ohne Gegenkandidaten im Amt bestätigt.